



## Kooperation der Fraktionen von CDU, UWD und FDP

in der Dieburger Stadtverordnetenversammlung

---

# PRESSEMITTEILUNG

Dieburg, 17.09.2024

## **Dieburger Finanzen: Kooperation fordert vom Bürgermeister deutliche Verbesserungen in der Haushaltsplanung**

**CDU, UWD und FDP reagieren auf die Kritik des Landrats**

Die Kooperation aus CDU, UWD und FDP nimmt die jüngst öffentlich gewordene Kritik von Landrat Klaus Peter Schellhaas sehr ernst. Aus ihrer Sicht wird einmal mehr überdeutlich, dass Bürgermeister Frank Haus in der Pflicht steht seine Haushaltplanung dringend und grundlegend zu verbessern, zeitlich wie inhaltlich. Mit Blick auf die tatsächliche Haushaltsentwicklung hält es die Kooperation auch für geboten, einige Einlassungen des Landrats relativierend einzuordnen.

„So, wie es in den letzten Jahren hier ablief, darf es nicht weitergehen“, betonen die drei Fraktionsvorsitzenden Susanne Albers (CDU), Klaus Thomas (UWD) und Benjamin Koch (FDP). „Für alle Dieburger Parlamentarier ist es absurd, den Vorwurf der Kommunalaufsicht über zu späte Beschlussfassungen des Haushalts lesen zu müssen.“ Über die Frage der Verantwortung dafür könne es keine zwei Meinungen geben. „Es ist offensichtlich, dass wir unsere Beratungen erst dann starten können, wenn der Bürgermeister seinen Entwurf in das Stadtparlament eingebracht hat“, so Albers, Thomas und Koch. Dieser Schritt erfolgte in den letzten beiden Jahren erst Ende Februar (2024) bzw. Anfang März (2023). „Die Stadtverordneten haben dann alles gegeben, um in gerade einmal zwei Monaten den jeweiligen Haushalt zum Beschluss zu führen, auch mit beherztem Einsatz während der Osterferienzeit. Aber es ist klar, dass die verloren gegangene Zeit für die Entwurfserstellung nicht mehr aufholbar ist.“

Seit über zwei Jahren hat die Kooperation den Bürgermeister immer wieder aufgefordert, den Haushaltsentwurf frühzeitiger bereitzustellen – wie es in anderen Kreiskommunen üblich ist. Allein so sei eine angemessene und zumutbare Behandlung im parlamentarischen Betrieb sichergestellt. „Nur leider bewegt sich erkennbar nichts“, sagen die Fraktionsvorsitzenden. „Nun sind wir schon wieder in der zweiten September-Hälfte angelangt und ein konkretes Datum für die Einbringung ist nicht in Sicht.“ Die Kooperation appelliert daher an den Bürgermeister, umgehend den Haushaltsentwurf für 2025 über seinen Magistrat in die Stadtverordnetenversammlung zu geben, damit dieser dort beraten werden kann.

Den vom Landrat erhobenen Vorwurf eines „fehlenden Sparwillens“ möchte die Kooperation nicht unkommentiert stehen lassen – zumindest insoweit dieser auf ihre parlamentarische Arbeit bezogen gewesen sein sollte. Zutreffend sei zwar, dass der Bürgermeister in den letzten Jahren kaum eigene Impulse für Kostensenkungen setzte und stattdessen in erster Linie auffiel mit dem Vorschlag, die Steuerbelastung für die Dieburger Bürger zu erhöhen. „Sicher ist allseits zur Kenntnis genommen worden, dass die Kooperation im Frühjahr diverse Änderungsanträge vorlegte, die auch Ausgabenkürzungen von über €2,5 Mio. zum Gegenstand hatten. Denn, dass wir auf den Einbruch bei den Gewerbesteuererträgen reagieren mussten, war in unseren Reihen unstrittig“, betonen Albers, Thomas und Koch.

Allerdings tritt die Kooperation der Einschätzung des Landrats entschieden entgegen, man sei die „Beseitigung der strukturellen Haushaltsschieflage“ nicht angegangen. Hier sind offenbar einige wichtige Einordnungen notwendig. „Da passt die Tonspur nicht zur Realität. Von 2012 bis 2022 hat Dieburg die Haushaltsjahre stets mit positiven Ordentlichen Ergebnissen abgeschlossen. In dieser Zeit vergrößerten sich die Rücklagen von €14 Mio. auf über €38 Mio. Selbst wenn es nun temporär zu einer Reduzierung der üppigen Rücklagen kommen sollte, ist das nicht gleich der Untergang,“ so die Fraktionsvorsitzenden. „Die Kommunalaufsicht wird hier möglicher Weise massiv irritiert von der praktisch fehlenden Prognosefähigkeit der Dieburger Finanzplanung. Bei näherer Betrachtung ist diese nämlich leider ein kompletter Blindflug. Mutmaßlich deshalb wurden seit geraumer Zeit äußerst düstere Entwicklungen vorhergesagt. Man gewinnt zunehmend den Eindruck, über besonders dramatische Warnungen soll eine Art ‚Enthaftung‘ stattfinden.“

Beispielhaft wird in diesem Kontext auf die Haushaltsjahre 2021 und 2022 hingewiesen – die letzten, zu denen die tatsächlichen Ergebnisse vorliegen. 2021 wurde angenommen, man werde das Jahr mit einer tiefroten Zahl abschließen von minus €4,5 Mio. Am Ende stand ein Plus von €3,2 Mio. zu Buche. 2022 ergab sich ein ähnliches Bild. Aus €3,2 Mio. Unterdeckung wurde schließlich ein Überschuss von €3,4 Mio. „Es gibt also extreme Diskrepanzen zwischen erwarteter und tatsächlicher Lage. Und vor diesem Hintergrund ist natürlich auch der für 2024 bis 2027 vorhergesagte dramatische Fehlbedarf von über €20 Mio. aktuell mit großer Vorsicht zu interpretieren“, betonen Albers, Thomas und Koch. „Niemand möchte die Situation schönreden und selbstredend wirken sich die gegenwärtigen Krisen auch auf Dieburg aus. Fakt ist aber, die Finanzplanung in unserer Stadt ist derart instabil, dass sie sinnvolle politische Rückschlüsse kaum zulässt.“ Auch hier sei der Bürgermeister gefordert, schnellstmöglich die Planungsprozesse von Grund auf zu reformieren und dem Parlament aussagekräftige Prognosen zur Verfügung zu stellen.

Die Fraktionsvorsitzenden heben resümierend hervor:

**Benjamin Koch (FDP):** „Grundsätzlich bin ich bereit über noch strengeres Sparen zu reden. Aber jedem muss klar sein, die Schmerzen werden dann erheblich. Und dringend notwendige Investitionen müssten dann in die Zukunft geschoben werden. Eine solche Debatte muss zwingend fußen auf einer aussagekräftigen Finanzprognose für die kommenden Jahre. Die gibt es aber derzeit nicht. Wilder voreiliger Alarmismus hilft uns hingegen nicht weiter.“

**Susanne Albers (CDU):** „Dem Bürgermeister scheinen die Ausreden für die späte Einbringung nicht auszugehen.“

**Klaus Thomas (UWD):** „Ich bin grundsätzlich offen für Gespräche über strengere Sparmaßnahmen. Allerdings muss jedem bewusst sein, dass dies erhebliche Einschränkungen verursachen wird. Dringend notwendige Investitionen müssten dann aufgeschoben werden. Eine solche Diskussion muss unbedingt auf aussagekräftigen Finanzdaten für die kommenden Jahre basieren, die es derzeit leider noch nicht vorliegt.“